Fernsprech-Stellen
11 Altst., 532 Neust.-Dresden.

Abonnement vierteljährlich M. 2,50, durch die Post M. 2,75. — Inserate Marienstr. 13 bis Nachmitt. 3 Uhr, Sonntags bis 12 Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Nachm. Die 1spaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) 15 Pfg. Unter Eingesandt: Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Auswärtige Insertions-Aufträge gegen Pränumerandozahlung durch Briefmarken oder Postanweisung 8 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureaux von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Müller-Görlitz, W. Sieh-Magdeburg, J. Barck-Halle, B. Arndt-Berlin W., J. Steiner-Hamburg, Pluhut-Leipzig. Für Rückgabe eingesandter Manuskripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dresdner **Strickgarn- und Strumpfwaaren-Fabrik Stoss & Hietzig,** Löbau i. S. Dresden. Detailverkauf in Dresden, Schössergasse 24, Haus Altmarkt 7.

Carl Höpfner, Landhausstr. Nr. 4 u. 5, empfiehlt seine **Weinhandlung mit altdeutschen Weinstuben.** Champagner der besten Häuser. Grosses Weinlager.

W. Höffert, Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph, Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10. Hannover, Hamburg, Leipzig.

5 Marienstr. 5 und Porticus. **G. D. Blass,** 5 Marienstr. 5 und Porticus. Wäsche-Ausstattungs-Geschäft, **Complette Braut- u. Kinder-Ausstattungen.** Nur eigenes Fabrikat. Billigste Preise.

Die **Tapisserie-Manufactur C. Hesse,** Kgl. Hofl., **Dresden,** Altmarkt, empfiehlt ihre **Neuheiten** in **Smyrna-** und **Tunesischer Wolle** (Teppiche, Bettvorlagen und Fußkissen) als angenehme und effectvolle Handarbeit.

Nr. 296. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 22. Oct.: Schwacher unbestimmter Wind, geringe Bewölkung resp. nebelig, keine oder geringe Niederschläge. | Dresden, 1884. **Mittwoch, 22. Octbr.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

„Wenn der Herzog fällt muß auch der Mantel nach!" heißt es im Ausgange des republikanischen Trauerspieles Fiesco; aber, dies mögen sich die Annexionisten gesagt sein lassen, Braunschweig ist ein wohlgeordneter Bundesstaat und keine der parteizerrissenen italienischen Städte-Republiken. Den Herzogsmantel des braunschweigischen Bundesstaates wird man dem entschlafenen Welfenfürsten nicht in die Gruft mitlegen, denn dieser Mantel, die Verfassung des Landes, hat die Glieder, die er schützen soll, recht warm umkleidet. Unsere braunschweigischen Reichsbrüder können daher das bekannte Wort dahin variiren: „Der Herzog ist todt! Es lebe — die Verfassung!" Diese Verfassung steht, wie alles giltige Recht, in Deutschland unter dem Schutze des Kaisers. Die deutsche Reichsverfassung betont in ihrem Eingange ganz ausdrücklich, daß sie eigens zu dem Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben „giltigen Rechtes", sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes abgeschlossen wurde. Wie kann man nun einen Augenblick daran denken, daß der Kaiser, als der Schirmherr des Rechtes und des Reiches, in der braunschweigischen Frage anders, als die Reichsverfassung bemerkt, handeln wird? Ihm ein solches Ansinnen zu stellen, dazu gehört eine bemerkenswerthe Dreistigkeit. Man kann daher auch die liebedienerische Beflissenheit ganz auf sich beruhen lassen, die mit zugespitztem Scharfsinn nachweist, daß Preußen das Herzogthum einfach zu annektiren habe. Dieses Streberthum, mit dem sich gewisse sogenannte Staatsrechtslehrer hervordrängen, ist durchaus nicht nach dem Geschmacke des Kaisers oder Kanzlers. Fürst Bismarck hat mit der seit mehreren Jahren consequent befolgten Politik: den preußischen Partikularismus durch den höheren Gesichtspunkt des Reiches zu bändigen, mehr im nationalen Sinne durchgesetzt, als wenn er den Einflüsterungen nimmersatter preußischer Einheitsfanatiker willfährig gewesen wäre. Die Mittelstaaten haben daher ihr Mißtrauen gegen die Centralisationsbestrebungen zurücktreten lassen können. Es ist in guter Erinnerung, wie Fürst Bismarck das Verlangen, die süddeutschen Postreservatrechte zu beseitigen, abgelehnt und mit welcher Entschlossenheit er das Verlangen der Fortschrittspartei nach Central-Reichsministerien in den großen Papierkorb der Wilhelmstraße zerrissen warf. Wenn die preußische Monarchie sogar Bedenken trug, dem Verlangen des Fürsten von Waldeck nach einfacher Annexion zu entsprechen, blos um die Stimmenzahl im Bundesrathe durch das Wegfallen der Waldeck'schen Stimme nicht zu verändern — wie sollte jetzt Preußen nach einem Verschwindenlassen der beiden Braunschweigischen Stimmen trachten? Wenn Preußen indertthat Erbansprüche an Braunschweig geltend machen sollte, so wird es sich dennoch damit ans Reich zu wenden haben, das in streitigen Hoheitsrechten allein competent ist. Daran glauben wir aber nicht. Zudem gilt doch wohl der einmüthige Wille von 370,000 Deutschen auch Etwas. Diese wollen eben schlechterdings von einer preußischen Annexion Nichts wissen, sondern als Glied des Reichs ein selbstständiges Dasein führen. Die Braunschweiger wissen wohl, warum.

Ein langes Interim, das leicht den Schalk hinter ihm haben könnte, erscheint gleichfalls ausgeschlossen. Windthorst, der Vertrauensmann der Welfen, hat sich schleunigst auf die Eisenbahn gesetzt und ist über Wien nach Gmunden abgereist, um den Herzog von Cumberland zu berathen. Man wird ja bald hören, zu welchem Entschluße der Sohn Georg V. gekommen ist. Jenachdem er sein nächstes Schreiben an den „Kaiser" Wilhelm oder wie die Todesanzeige seines Vaters blos an des „Königs von Preußen" Majestät adressirt, würde man auf den Inhalt des Schreibens selbst schließen können. Bemerkenswerth ist es, daß auch in Berlin sich einige Stimmen schüchtern erheben dahin, daß das deutsche Reich nicht Gefahr liefe, wenn ein neuer Welfenthron errichtet würde. Der Herzog Ernst August müßte allerdings Garantien reichstreuer Gesinnung abzugeben haben. Doch es wäre verfrüht, sich hierüber zu ergehen. Erfreulicher Weise hat sich die Erregung wieder gelegt, welche sich der Bevölkerung Braunschweigs infolge der barschen Proklamation des preußischen Generals bemächtigt hatte. Diese Plakate sind von der entrüsteten Bevölkerung sofort von den Straßenecken abgerissen worden. Niemand wird diesen Akt der Selbsthilfe billigen, aber die beleidigten Gefühle des Volks fanden keinen anderen Ausdruck. Auch der Regentschaftsrath giebt in vornehmer Form dem General zu verstehen, daß es schicklicher gewesen wäre, erst durch die gesetzliche Behörde dem Lande sagen zu lassen, daß sein Fürst die Augen zugethan, ehe Verhaltungsmaßregeln vorgeschrieben wurden. Wenn in der Proklamation von dem „unbeerbten" Hinscheiden des Herzogs Wilhelm die Rede ist, so bezieht sich dieser Ausdruck wohl nur auf das Herzogthum Braunschweig selbst, nicht aber auf das schlesische Fürstenthum Oels. Denn hier, wo es was zu erben gab, hat sich der lachende Erbe mit einer Hurtigkeit gemeldet, die, wenn sie bei einem bürgerlichen Nachlasse vorgekommen wäre, sehr berechtigte Glossen hervorrufen würde.

In den Gemeinderathswahlen vom vorigen Sonntag haben die Liberalen von Belgien wenigstens in den Städten die Volksschulen davor gerettet, eine Beute der Ultramontanen zu werden. Wie die Wahlen auf dem Lande ausgefallen sind, wird sich erst später zeigen. In Brüssel siegten sie mit einer unerwartet großen Mehrheit, selbst das viel umstrittene Antwerpen eroberten sie, nur Mecheln blieb seiner schwarzen Farbe treu. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Ansturm der Klerikalen auf den Besitz des Brüsseler Rathhauses abgeschlagen wurde. Es ist dies eine Genugthuung für den Bürgermeister Buls, der nunmehr das Schulwesen Brüssels von dem ultramontanen Alpdruck freihalten kann. Der Jubel der Bevölkerung muß beispiellos gewesen sein und sie wurde in der Hauptsache durch keine Belästigung und Verhöhnung der unterlegenen Gegner getrübt. In dem Ausfall der Gemeinderathswahlen liegt zugleich die Verurtheilung des ultramontanen Schulgesetzes. Denn dieses macht den Volksunterricht zu einer Gemeindesache. In den Landgemeinden, wo entweder der klerikale Gemeinderath wiedergewählt oder der liberale gestürzt wurde, wird man bald die traurigen Folgen des Schulgesetzes erleben. Der Jubel Brüssels erklärt sich aus der Angst, die es ausgestanden hatte, daß es dem gleichen Schicksale entgegengehen sollte. Sofort nach dem Inslebentreten dieses trübseligen Schulgesetzes hat die Regierung mehrere Lehrerseminare unterdrückt und 6 gutbesuchte Gymnasien an Orten, wo sie den Lyceen der Jesuiten gefährliche Konkurrenz machten, geschlossen. In allen übrigen Seminarien wurden die Naturwissenschaften sofort als obligatorischer Unterrichtsgegenstand gestrichen. Das Lehrerpersonal wurde aus Dutzenden von Schulen fortgeschickt, die Lehrer der bittersten Noth preisgegeben. Die ungeheuerlichste Bestimmung des Schulgesetzes aber geht dahin, daß es den Gemeinden das Recht einräumt, belgische Eingeborene, die ihr Lehrer-Examen bestanden, wegzuschicken und an ihrer Stelle Fremde anzustellen, die kein Examen bestanden zu haben brauchen. Diese rekrutiren sich zumeist aus den aus Frankreich vertriebenen geistlichen Kongregationen beiderlei Geschlechts. Wie Heuschreckenschwärme ziehen diese gegenwärtig über die Grenze. Wer mit den Verhältnissen bekannt ist, der weiß, was das besagt; es sind Leute, die gestern Bruder Joseph, heute Bruder Ignaz und morgen wieder anders heißen, und von denen jeder Name sein besonderes Aktenbündel an irgend einem Kriminalgericht hat, das die Aenderung nöthig machte; Leute, die in ganz bedeutendem Bruchtheile geheimen Lastern ergeben sind, an die jeder Familienvater mit Grauen denkt, wenn diese damit behafteten Schulbrüder ihren Kindern Unterricht ertheilen sollen. Es ist absolut nicht übertrieben, wenn man behauptet, Belgien sollte zur Versorgungsanstalt des Auswurfs anderer Länder werden. Diese Gefahr ist nun wenigstens für die Städte Belgiens durch die Gemeinderathswahlen beseitigt worden.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 21. October.

Köslin. Die Geschworenen erklärten Karl Patzwald und Raatz des schweren Landfriedensbruchs unter Annahme mildernder Umstände, die Angeklagten Pirsich und Banjemer des einfachen Landfriedensbruchs, Friedrich Patzwald und Bechert des groben Unfugs für schuldig; dagegen wurden Klabunde und Böhnke für nichtschuldig erklärt und daher freigesprochen. Das Urtheil lautete für Friedrich Patzwald und Bechert auf je 6 Wochen Haft, welche durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt zu betrachten ist; Pirsich wurde zu 6 Monaten, Banjemer zu 9 Monaten, Karl Patzwald zu 2jährigem und Raatz zu 3jährigem Gefängniß verurtheilt. Bei den letzten vier Verurtheilten werden je 3 Monate der Strafe als verbüßt erachtet.

Pest. Der Immunitätsausschuß beschloß die Auslieferung Verhovay's wegen Defraudation und des Emerich Szalay wegen Duellvergehens.

Agram. Im Landtage inscenirten heute die Starcevicianer bei Beginn der Sitzung einen Tumult. Der Präsident beantragte die Ausschließung derjenigen Abgeordneten, welche die Abhaltung der Sitzung unmöglich machten und schloß hierauf die Sitzung. Es wurde die Ausschließung von 12 Abgeordneten beantragt.

Paris. In der heutigen Kammersitzung beantragte Reviere die Mittheilungen über die Protokolle der Tonginkommission. Ferry bat den Antrag abzulehnen, da die Annahme desselben schwere Unzuträglichkeiten herbeiführen würde. Es wurde denn auch der Antrag Reviere's mit 291 gegen 191 Stimmen abgelehnt. Von den heute in der Kammer gewählten Mitgliedern der Tonkingkommission waren 4 gegen den Regierungsentwurf, 7 dafür. Die Kommission stimmte fast einstimmig für Votirung höherer Kredite, um die Tonkingaffaire möglichst bald zu erledigen.

Paris. Der Ministerrath trat heute zusammen, um über schwebende Fragen zu berathen. Die Minister werden heute an den Sitzungen der Bureaus theilnehmen, da in denselben die Wahl für die Tonking-Kommission stattfindet. Eine Erklärung wird seitens der Regierung über die Tonkingfrage noch nicht abgegeben, weil sich Ferry vorbehalt, der Kommission später die nöthigen Aufschlüsse zu geben. Die Nachricht, daß für einen Feldzug in China ein Armeekorps mobilisirt werden soll, ist unrichtig, da Briere keine Verstärkungen verlangt und falls solche nöthig, dieselben aus der afrikanischen Armee entnommen wird, ohne daß eine Mobilisirung in Frankreich erforderlich ist.

Brüssel. Sämmtliche Minister waren heute Vormittag zum Könige berufen und infolge dessen cirkulirten Gerüchte von einer Demission des gesammten Ministeriums, welche jedoch von unterrichteten Kreisen bezweifelt wurden. Dagegen verlautet, daß Jacobs und Woeste aus dem gegenwärtigen Ministerium ausscheiden und Malou mit Umbildung des Kabinets beauftragt würde.

Brüssel. Regierungsseitig werden alle Nachrichten über eine Demission oder Umbildung des Ministeriums für unbegründet erklärt.

London. Die „Mornig-Post" sagt: Man übersehe, daß falls der Herzog Cumberland von seinen legitimen Rechten ausgeschlossen werde, daß der Herzog von Cambridge der nächste Erbe sei und nach diesem noch mehrere erbberechtigte Prinzen folgen.

Die Berliner Börse eröffnete im Anschluß an auswärtige Notirungen fest, doch trat bald Abschwächung ein, die erst gegen Schluß wieder in Festigkeit umschlug. Spekulative Banken schlossen nach mancherlei Schwankungen auf dem gestrigen Niveau. Eisenbahnen still, im Ganzen gut behauptet. Gotthardbahn steigend. Bergwerke anfangs fest, später matt. Fremde Renten fest. Serben und Bukarester Stadtanleihe belebt, höher; letztere 1 Proz. besser. Der Kassamarkt verlief ruhig und wenig verändert. Oesterreichische Prioritäten, Lombardische 3- und 5prozentige, Nordostbahn Silber und Lemberger 5proz. gut gefragt. Nachbörse fest.

Frankfurt a. M., 21. October. **Credit 239⅛. Staatsbahn 258¼. Lombarden 124¾. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 228¼. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente —. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanleihe —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Discouto 197⅛. Egypter 61⅛. Gotthardb. —. Serben —. — Fest.**

Wien, 21. October. Credit 287,10. Staatsbahn 302,50. Lombarden 148,90. Nordwestb. 175,50. Marknoten 59,65. Ung. Goldr. 287,75. Elbethal —. Geschäftslos.

Paris, 21. October. (Schluß.) Rente 78,10. Anleihe 109,05. Italiener 98,45. Staatsbahn 630,00. Lombarden 317,50. do. Prioritäten —. Egypter 302,00. Oest. Goldrente —. Spanier 60,06. Ottomanen 570,00. Tabak-Actien —. Fest.

London, 21. October. Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 101. 1873er Russen 94¼. Italiener 95⅛. Lombarden 12⅛. Türken 7⅞. 4% fund. Amerikaner 121¾. 4% Ungar. Goldrente 77¼. Oesterr. Goldrente 85. Preußische Consols 102½. Egypter 61. Ottomanbank 12⅛. Suez-Actien 74¼. — Stimmung: Ruhig. — Wetter: Kalt.

Breslau, 21. October, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10. Proc. pr. October 44,90, pr. October-November 44,50, pr. April-Mai 45,00. Weizen pr. October 152,00. Roggen pr. October 134,00, pr. November-December 129,00, pr. April-Mai 135,50. Rüböl pr. October 50,00, pr. October-November 50,00, April-Mai 51,00. — Fest. — Wetter: Regnerisch.

Stettin, 21. October, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 146–152, pr. October-November 150,00, pr. April-Mai 160,00. Roggen fest, loco 131–136, pr. October-November 135,00, pr. April-Mai 135,00. Rüböl fester, 100 Kg. pr. Octbr.-November 50,00, pr. April-Mai 52,00. Spiritus flau, loco 45,50, pr. October 46,20, pr. October-November 45,70, April-Mai 47,00. Petroleum loco 8,30.

Lokales und Sächsisches.

— Der Hauptmann von Carlowitz vom sächs. Generalstabe ist zur Dienstleistung zum preuß. großen Generalstabe nach Berlin befehligt worden.

— Gestern (Dienstag) und heute weilte Prinz Georg mit Prinz Friedrich August auf Schloß Weesenstein. Die Herrschaften jagten in dortiger Umgebung. Prinz Friedrich August reist am 23. d. M. nach Straßburg zurück; wahrscheinlich verbindet er seine Reise mit der des hohen Vaters nach Braunschweig.

— Am Montag Nachmittag erschien in der Kirche in Briesnitz Se. Kgl. Hoheit Prinz Georg mit Hrn. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz zur Besichtigung der auf Kosten des Sächsischen Kunstfonds ausgeführten Holzschnitzereien und Glasmalereien.

— Zu den großen Hofjagden in Hubertusstock sind seitens des kaiserlich-deutschen Hofes Einladungen an Se. Maj. den König Albert und Se. kgl. Hoheit den Prinzen Georg von Sachsen, sowie an JJ. Kaiserl. HH. den Kronprinzen Rudolf von Oesterreich und den Großfürsten Wladimir von Rußland ergangen.

— Dem Oberstabsarzt Dr. Fröhlich im 8. Inf.-Reg. Nr. 107 ist der Kgl. preuß. Kronen-Orden 3. Klasse verliehen worden.

— Gelegentlich der Wahl des Herrn von Einsiedel kam in der gestrigen Versammlung folgendes „Programm" zur Vertheilung, welches die Hauptgrundsätze dieses von den vereinigten Konservativen und Liberalen aufgestellten Kandidaten enthält. Es heißt darin: „Ich halte an der kaiserlichen Botschaft, an dem Wahlaufrufe der Deutsch-Konservativen, sowie an der Heidelberger Erklärung. Die beiden letzteren Kundgebungen stimmen in ihren hauptsächlichsten Punkten so wesentlich überein, daß ich auf dieselben meine Compromißkandidatur stütze. Ich betrachte es als selbstverständlich, daß ich jeder Zeit das Compromiß vor Augen haben werde. Ich werde bestrebt sein, die wirthschaftlich soziale Politik des Fürsten Reichskanzler nach besten Kräften zu fördern. 1) Verbesserung der Lage der Handarbeiter durch Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf noch andere Kreise, mit dem Endziele der Altersversorgung der Unbemittelten. 2) Ueber die Gewerbeordnung und Handwerkerfrage. Unterstützung der berechtigten Forderungen des Handwerkerstandes und der Innungen. 3) Schutz der einheimischen Produktion durch Schutzzölle. Es versteht sich von selbst, daß der jetzt giltige Tarif kein für alle Zeiten feststehender sein kann, sondern daß sich derselbe je nach den Verhältnissen und Bedürfnissen richten muß. 4) Kolonialpolitik des Reichskanzlers. Dieses Meisterwerk der Diplomatie ist auf alle Weise zu fördern. Deutschland ist mächtig genug, um seinen Export selbst zu schützen. Die deutsche Flagge soll die deutsche Waare decken. 5) Besteuerungen. Ich weiß nicht, ob neue Steuern von der Reichsregierung überhaupt gefordert werden sollen. a., Soviel steht aber fest für mich, daß ich niemals dem Tabaksmonopol zustimmen würde. b., Dagegen würde ich die Einführung einer Börsensteuer für gerecht und wünschenswerth finden. c., Endlich dürfte es für Manche von Ihnen von Interesse sein, zu wissen, wie ich über die vielumstrittene Frage wegen Befreiung der Offiziere von der Kommunalbesteuerung von ihrem Privatvermögen denke. Ich halte diese Befreiung der Billigkeit nicht für entsprechend. In diesem Sinne habe ich bereits auf dem Reichstage von 67 zu 71 gestimmt, wo ich Schriftführer der betreffenden Kommission war. 6) Sozialistengesetz. So lange nicht die Sozialisten selbst durch ihre Haltung beweisen, daß besondere Maßregeln gegen sie nicht geboten seien, werde ich fort und fort für Verlängerung dieses Gesetzes stimmen. Die formelle Frage, ob das Gesetz ein Ausnahmegesetz sei, berührt mich in meiner Ueberzeugung nicht im Mindesten. Die Hauptsache ist, daß der Staat und die Gesellschaft vor Aufruhr und Gesetzwidrigkeiten durch eine revolutionäre Rotte geschützt wird, welche für sich solche Ausnahmezustände durch Wort und That beanspruchen. Es ist ihre, nicht unsere Sache, das Sozialistengesetz zur Erledigung zu bringen. 7) Die Armee und das Septennat. Sie wissen, daß das sog. Septennat während der bevorstehenden Legislaturperiode zu Ende geht. Es werden daher für die Wehrhaftigkeit der Nation neue Beschlüsse zu fassen sein. In dieser Beziehung stehe ich auf dem Standpunkte, daß soweit es irgend nöthig ist, der Reichsregierung die nöthigen Mittel zur Kriegstüchtigkeit der Nation gewährt werden. Ein Sparsystem in dieser Beziehung würde die falscheste Finanzmaßregel sein.

— Später als alle Anderen traten die vereinigten Konservativen und Nationalliberalen mit ihren Kandidaten in den Wahlkampf ein. Sie hielten vorgestern Abend in Bach's Sälen ihre erste Wahlversammlung ab, die sich eines außerordentlich zahlreichen Besuchs erfreute. Nach einigen einleitenden Bemerkungen stellte der Vorsitzende, Fabrikant Fischer, den Kandidaten für Dresden-Neustadt, Herrn Ober-Appellationsrath Klemm vor, einen würdigen Herrn mit weißem Haar, dessen Erscheinung schon für den ersten Augenblick Vertrauen und Sympathie erweckt. Das in der Folge von dem Herrn Kandidaten entwickelte Programm konnte diesen Eindruck nur noch befestigen und ließ die Hörer zu der Ueberzeugung gelangen, daß man einen an Erfahrungen reichen Mann vor sich habe, der es mit seinen Aufgaben als Abgeordneter ernst nehmen wird, der keine Mühe gescheut hat und scheuen wird, um die schwebenden Fragen in ihrem innersten Wesen zu ergründen und dann nach selbstgewonnener innerer Ueberzeugung zu handeln. Im Eingange seiner Rede normirte Herr Klemm seine Stellung zur Reichsverfassung dahin, er werde unter keinen Umständen zugeben, daß an der Reichsverfassung und den Rechten der Bundesstaaten gerüttelt würde. Zu den wirthschaftlichen Fragen übergehend, bekennt er sich als ein Anhänger des indirekten Steuersystems, ihn leite hierbei das in der kaiserlichen Botschaft vom 17. Nov. 1881 zum Ausdruck gebrachte Bestreben, die drückende Steuerlast der unteren Klassen möglichst zu beseitigen und durch weniger drückende Steuern dem Reiche die nothwendigen Mittel zuzuführen. Hierbei erklärt er, daß er ein entschiedener Gegner eines jeden Monopols also auch des Tabaksmonopols sei. Auf den Kornzoll übergehend, führte der Redner etwa Folgendes aus: Die Landwirthschaft habe unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden, sie sei durch das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz belastet, die Grundsteuer sei oft recht beträchtlich, und schließlich sei das bewegliche Kapital überhaupt bedeutend im Vortheil gegen die producirende Naturkraft. Das Hereinströmen fremden Getreides drücke die Preise herab, da wäre es also nicht unbillig, die Lage des Landmanns durch eine mäßige Abdämmung dieses Zuflusses etwas zu bessern. Er werde also für die Beibehaltung des Kornzolles — der übrigens nur 33⅓ Pfg. pro Kopf und Jahr beträgt — resp. für eine mäßige Erhöhung desselben, die einen Druck auf die Brotkonsumenten nicht ausübe, eintreten. Im Verein mit den Kornzöllen scheine ihm eine rationelle Börsensteuer geeignet, die Steuerlast der unteren Klassen etwas zu erleichtern. Diese dürfe jedoch nicht die einfachen Geschäfte treffen, sondern lediglich die Spekulation, das Kaufen auf Zeit. Auch für Erhöhung der Branntweinsteuer werde er eintreten, falls das ihm vorschwebende Ziel einer Steuerentlastung der unteren Klassen dadurch erreicht würde. Mit Freuden begrüßt der Redner die glückliche Wendung, die in der Lage der Arbeiter durch die neue Sozialgesetzgebung eingetreten sei. Nur wünsche er, daß auch die ländlichen Arbeiter an den Wohlthaten des den Anderen gewährten staatlichen Schutzes theilnehmen möchten. Die mehrfach angeregte Frage eines Normalarbeitstages sei von eminenter Wichtigkeit für das Wohl der Arbeiter, er würde sich

SLUB
Wir führen Wissen.